

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 25. August 1967

Nummer 34

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte August 1967

Die internationale Situation

Das wirtschaftliche Wachstum in den Industrieländern der westlichen Welt ist im ersten Halbjahr 1967 insgesamt weiterhin unbefriedigend gewesen. Während die Konjunktur in den USA eine leichte Besserung erfahren hat, läßt in den meisten westeuropäischen Ländern die Nachfrageentwicklung zu wünschen übrig. Eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivität in Westeuropa hängt wesentlich davon ab, ob es der Bundesrepublik Deutschland gelingt, die konjunkturelle Schwäche zu überwinden. Denn die rückläufigen deutschen Einfuhren üben gegenwärtig nicht nur unmittelbar einen dämpfenden Einfluß auf die Ausfuhr- und Einkommensentwicklung vieler Länder aus; in mehreren Volkswirtschaften belasten die schlechten Exportergebnisse die Zahlungsbilanz und schränken den Spielraum für wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Konjunkturbelebung ein.

In den *Vereinigten Staaten von Amerika* hat sich die Wirtschaftslage in den Frühlingsmonaten 1967 wieder leicht gebessert. Das Sozialprodukt wuchs im zweiten Quartal real um 2,4 vH (saisonbereinigt — Jahresbasis), nominal um 4,8 vH. Der von den Lagerinvestitionen ausgehende kontraktive Effekt hat nachgelassen. Getragen wurde die Expansion von den Ausgaben der Bundesregierung — nicht zuletzt für militärische Zwecke — sowie der übrigen Gebietskörperschaften. Auch der Konsum expandierte überdurchschnittlich; die Sparneigung der privaten Verbraucher ließ etwas nach. Die Aufwendungen für den Wohnungsbau belebten sich ebenfalls; dies wirkt insofern günstig, als eine stärkere Wohnbautätigkeit auch vermehrte Ausgaben für Einrichtungsgegenstände aller Art nach sich zieht.

Bei schnell steigenden öffentlichen Ausgaben und nur langsam zunehmenden Einnahmen hat sich das Defizit des gesamten öffentlichen Haushalts kräftig erhöht. Es ist kaum damit zu rechnen, daß der Kongreß die von der amerikanischen Regierung ange-

strebte Erhöhung der Einkommensteuer rasch verabschiedet und diese Maßnahme bereits zum 1. Oktober in Kraft treten wird. In einem Verzögern der Verabschiedung könnte ein durchaus erwünschter Zeitgewinn liegen; denn erst im Verlauf der nächsten Wochen und Monate wird deutlich werden, ob die vorhandenen expansiven Impulse so stark sind, daß sie eine Dämpfung vertragen oder gar verlangen.

Unbefriedigend ist weiterhin die außenwirtschaftliche Entwicklung. Zwar ist der Leistungsbilanzüberschuß im ersten Halbjahr 1967 um fast eine Milliarde Dollar (saisonbereinigt — Jahresbasis) höher als in der zweiten Hälfte des Vorjahres, doch haben erhöhte öffentliche Kredite an das Ausland und eine Verlagerung der kurzfristigen Verschuldung von privaten zu offiziellen Stellen einen erneuten Rückgriff auf die Währungsreserven der Vereinigten Staaten nötig gemacht.

Die jüngsten statistischen Daten in *Großbritannien* rechtfertigen nicht die Auffassung der britischen Regierung, daß mit der leichten Belebung im ersten Quartal dieses Jahres ein erneuter Wirtschaftsaufschwung eingesetzt habe. Saisonbereinigt war die Industrieproduktion im zweiten Quartal bereits wieder rückläufig, obwohl die Regierung an dem leicht expansiven wirtschaftspolitischen Kurs festgehalten und vor allem die öffentlichen Investitionen weiter kräftig ausgedehnt hat. Die Abschwächung ist in erster Linie auf die Abnahme des privaten Verbrauchs und die unbefriedigende Ausfuhrentwicklung im zweiten Quartal zurückzuführen. Da der Beschäftigungsrückgang bisher nicht zum Stillstand gekommen ist, sich vielmehr im zweiten Quartal eher verstärkt fortgesetzt hat, dürfte das Einkommen der privaten Haushalte trotz leichter Steigerung der Lohnsätze kaum noch zugenommen haben. Zwar wird die Beschleunigung des Lohnauftriebs, die nach der Lockerung des Lohnstopps für die zweite Jahreshälfte zu erwarten ist, den privaten Haushalten zusätzliche Kaufkraft zu-

führen. Jedoch besteht die Gefahr, daß diese zum größeren Teil durch Preissteigerungen absorbiert wird; die Unternehmer sind in der gegenwärtigen konjunkturellen Phase kaum in der Lage, eine Steigerung der Lohnkosten durch entsprechende Fortschritte der Arbeitsproduktivität aufzufangen.

Der Export nahm im zweiten Quartal saisonbereinigt ebenfalls leicht ab. Die konjunkturell verlangsamte Wirtschaftstätigkeit in der westlichen Welt wirkt sich somit auf die Entwicklung in Großbritannien besonders ungünstig aus. Dieses Land wird durch die Exportabschwächung in dem Bemühen zurückgeworfen, seine Zahlungsbilanz zu konsolidieren. Die außenwirtschaftliche Basis für eine innerwirtschaftliche Expansion ist deshalb äußerst brüchig. Sollte Großbritannien erneut in ein Zahlungsbilanzdefizit geraten, so wäre die Regierung bei Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Pfundkurses zur Abkehr vom expansiven wirtschaftspolitischen Kurs gezwungen.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung in Frankreich gibt Anlaß zur Sorge. Erstmals seit Einführung des Systems der „Warnsignale“ hat die industrielle Produktion in drei aufeinanderfolgenden Monaten um weniger als 2 vH im Vorjahresvergleich zugenommen. Nach den für den Fünften Wirtschaftsplan ausgearbeiteten Richtlinien soll eine Jahreszuwachsrate der Industrieproduktion von 2 vH — bzw. eine noch ungünstigere Entwicklung — als Warnzeichen dafür angesehen werden, daß die Planziele möglicherweise ohne wirtschaftspolitische Eingriffe nicht erreicht werden.

Der Anstieg der inländischen Nachfrage schwächte sich trotz der expansiv wirkenden Staatsausgaben weiter ab. Die Investitionstätigkeit der privaten Unternehmer scheint wieder etwas nachgelassen zu haben. Wenngleich die unsichere Arbeitsmarktlage zu der Erhöhung der privaten Sparneigung beigetragen hat, dürften die angekündigte Verbesserung der Arbeitslosenversicherung und die sonstigen arbeitsmarktpolitischen Programme in naher Zukunft kaum eine positive Wirkung auf die Ausgestaltung der Verbraucher zeigen.

Auch die jüngst beschlossenen Maßnahmen der Regierung zur direkten Anregung der Nachfrage — so der Vorgriff auf die für 1968 budgetierten Staatsausgaben — scheinen nicht auszureichen, bereits im zweiten Halbjahr 1967 eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivität herbeizuführen. Über die Beschleunigung im Wachstum der Staatsausgaben hinaus wäre eine Stützung des privaten Konsums durch eine sofortige Senkung der Einkommensteuer, wie für 1968 diskutiert, zusammen mit einer Erleichterung der Investitionsfinanzierung erwünscht. Dies gilt um so mehr, als die Regierung sich zu einigen deflationär wirkenden Maßnahmen zur Sanierung der Sozialversicherung — vornehmlich Kürzung einiger Leistungen und Erhöhung von Beiträgen — gezwungen sieht. Wenn auf ein breites Programm zur Konjunkturbelebung aus Zahlungsbilanzrücksichten verzichtet wird, so kann dies nicht überzeugen. Zwar hat sich von Januar bis Juli 1967

das Wachstum der französischen Ausfuhren im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stärker abgeschwächt (3,3 vH) als die Importexpansion (7,9 vH). Die französischen Währungsreserven gewähren der Regierung jedoch ausreichenden Spielraum für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik — selbst in einer Zeit, in der in wichtigen Abnehmerländern die Konjunktur zurückgeht.

In Italien hat das kräftige konjunkturelle Wachstum auch in den Sommermonaten angehalten. Doch ist die Entwicklung nicht mehr frei von Spannung und Unausgewogenheit. So war die Zahlungsbilanz im Juni erneut passiv. Die Unternehmer erwarten für die nächsten Monate eine geringere Produktionssteigerung und fürchten zudem, aus Kostengründen ihre Preise erhöhen zu müssen. Schließlich hat die ausgeprägte Dämpfung der Auslandsnachfrage nach traditionellen Verbrauchsgütern für die Unternehmen mancher exportabhängiger Zweige, wie etwa der Textilindustrie, erneut Rückschläge gebracht und ihren Abstand zu den Wachstumsindustrien erheblich vergrößert. Um ein weiteres Absinken des Ausfuhrzuwachses zu verhindern, ist die Exportkreditversicherung gesetzlich verbessert worden. Dies dürfte jedoch hauptsächlich den strukturell benachteiligten Industrien zugute kommen. In den übrigen Bereichen werden die stimulierenden Auswirkungen dieser Maßnahmen angesichts der kräftigen Inlandsnachfrage vorerst gering bleiben.

Der schnelle Anstieg der Inlandsnachfrage erstreckt sich auf alle Verwendungsbereiche. Der private Verbrauch erhält trotz zunehmender Spartätigkeit Impulse aus dem Beschäftigungszuwachs und den zur Zeit mit jährlich etwa 5 vH steigenden Löhnen. Getragen wird das Wachstum indes mehr und mehr von den Anlageinvestitionen. Hatte die Privatwirtschaft schon im Vorjahr begonnen, ihre Zurückhaltung aufzugeben, so deuten in jüngerer Zeit zahlreiche Anzeichen auf eine Investitionsbelebung auch im öffentlichen Bereich hin. Allein auf den privaten Wohnungsbau hat der Aufschwung bisher nicht übergreifen. Erst wenn sich die Regierung entschließt, die Mieten freizugeben oder wenigstens auf ein kostendeckendes Niveau anzuheben, wird mit einer Erholung des privaten Wohnungsbaus zu rechnen sein. Die erst kürzlich verfügte Mietstopperverlängerung hat eine nachhaltige Belebung jedoch zumindest bis 1969 blockiert.

Die Lage in Westdeutschland

Die Bundesregierung hat nunmehr einen zweiten Investitionshaushalt von 5,3 Mrd. DM beschlossen. Gleichzeitig hat die Bundesbank ihre Bereitschaft, das konjunkturpolitische Programm der Regierung zu unterstützen, durch eine weitere Senkung der Mindestreserven unterstrichen.

Der Beschluß der Regierung fiel zeitlich mit einer Welle wieder optimistischer Äußerungen über die künftige konjunkturelle Entwicklung zusammen. Zunehmend wird die Ansicht vertreten, daß die westdeutsche Wirtschaft ihre „Talfahrt“ beendet

habe und in absehbarer Zeit — vielleicht schon in diesem Jahre — zu einem neuen konjunkturellen Aufstieg ansetzen werde. Es gibt sogar Stimmen der Kritik an den Plänen der Regierung: Eine uneingeschränkte Realisierung des zweiten Konjunkturprogramms sei nicht nur überflüssig, sondern vermutlich sogar schädlich, da sie die Konjunktur voraussichtlich überheizen und bald wieder in inflatorische Bahnen lenken würde.

Die zuversichtlichen Berichte über die westdeutsche Konjunktur basieren fast alle auf der Indexreihe der Auftragseingänge bei der Industrie. Der saisonbereinigte Gesamtindex, der im vergangenen Jahr stark gesunken war (von 280 im Januar 1966 auf 234 im Januar 1967¹), erhöhte sich bis Juni dieses Jahres auf 258. Besonders ausgeprägt war der Anstieg der inländischen Bestellungen bei den Investitionsgüterindustrien.

Eine ähnliche Interpretation der Auftragsindizes erlaubt der Vorjahrsvergleich. Nachdem der Gesamtindex im März noch um 15 vH unter dem Vorjahrsstand gelegen hatte, erreichte er im Juni wieder das Niveau vom gleichen Monat des Vorjahres. Dagegen unterschritten die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterindustrien den Vorjahrswert um 7 vH; die Abnahme war jedoch weit aus geringer als im Februar und März (— 22 vH).

Sehr viel weniger zuversichtlich stimmt die Entwicklung der Auftragsvergaben für Tiefbauten, die zwar im Mai — bedingt durch die zusätzlichen Aufträge aus dem ersten Investitionshaushalt — das Vorjahrsniveau überschritten hatten, jedoch bereits im Juni wieder um reichlich 12 vH unter dem entsprechenden Vorjahrsergebnis lagen. Diese Entwicklung muß um so bedenklicher erscheinen, als auch im Juni noch Aufträge aus dem ersten Investitionshaushalt vergeben worden sind.

Ebenfalls ein sehr viel ungünstigeres Bild zeigen die saisonbereinigten Indizes der industriellen Produktion. Sowohl der Gesamtindex als auch der Index für die Investitionsgüterindustrien lagen im Juni ungefähr auf dem außergewöhnlich niedrigen Stand zu Beginn dieses Jahres.

Wie die Diagnose über die Entwicklung in den vergangenen Monaten auch ausfällt — eine Antwort auf die konjunkturpolitisch relevante Frage, ob es sich bei der Belebung der Bestelltätigkeit nur um ein konjunkturelles Zwischenhoch oder bereits um Symptome für einen Wandel der Großwetterlage handelt, kann nicht ohne weiteres gestützt werden auf eine Extrapolation bisheriger „Trends“ der Auftragseingänge. Mit einem Rückschlag muß gerechnet werden, wenn anregende konjunkturpolitische Maßnahmen ausbleiben.

Wer einer günstigen Prognose zuneigt, mag sich auf das Gesetz der sich rechtfertigenden Erwartungen berufen: Ist erst einmal ein allgemeiner Optimismus entfacht, wird die hieraus hervorgehende Investitionsnachfrage unmittelbar und über die Sekundäreffekte mittelbar den Absatz schaffen, der die zuversichtlichen Erwartungen der Investoren erfüllt. So plausibel diese Hypothese scheint, so

wenig allerdings wird sie in dieser Unbedingtheit und Generalisierung durch die Erfahrung bestätigt. Bisher jedenfalls gab es in der Bundesrepublik keinen Aufschwung, der nicht durch exogene Einflüsse (Auslandskonjunktur, vom Staat herbeigeführte Einkommenserhöhungen) ausgelöst und vor allem fundiert worden wäre. Auch die Verstärkung der Ordertätigkeit während der ersten Hälfte dieses Jahres ist keineswegs das Resultat einer „Selbstkorrektur“ des Wirtschaftsprozesses. Sie beruht vielmehr entscheidend darauf, daß die Wirtschaft nach einer langen Phase restriktiver Konjunkturpolitik Vertrauen in den neuen Kurs der Regierung und der Notenbank setzte, durch die — wenn auch zögernd verwirklichten — Maßnahmen ihre Hoffnungen bestätigt sah und schließlich durch die Ankündigung eines zweiten, umfangreicheren Investitionshaushalts in ihrem Optimismus bestärkt wurde.

Jede Kürzung des in Aussicht genommenen zweiten konjunkturpolitischen Programms würde die Basis zerstören, auf der die gegenwärtigen Dispositionen der Unternehmer beruhen. Denn nachdem jetzt die Auftragsvergabe aufgrund des ersten Investitionshaushalts abgeschlossen ist, sind keine exogenen Kräfte sichtbar, die eine Fortsetzung und Intensivierung der staatlichen Aktivität überflüssig machen könnten.

Im Gegenteil: Von der Auslandskonjunktur werden keine neuen Impulse ausgehen. Auch die inländischen Unternehmen werden ohne die begründete Aussicht auf einen kräftig steigenden Absatz keinen Anlaß zu Mehrinvestitionen haben; denn die Auslastung ihrer Produktionsstätten ist so schwach, daß das Risiko ungenutzter Kapazitäten zur Zeit weit aus größer ist als die Chance, in einem neuen Aufschwung der erste zu sein. Ebenso wenig kann selbstverständlich mit einer „autonomen“ Verbrauchskonjunktur gerechnet werden; denn die Arbeitnehmereinkommen werden im zweiten Halbjahr das Vorjahrsniveau deutlich unterschreiten. Im Bauhauptgewerbe erreichen sogar die *Stundenlöhne* ihr Vorjahrsniveau nicht mehr.

Erscheint somit — trotz gewisser Aufhellungen im Gesamtbild der Konjunktur — die unverzügliche Realisierung des zweiten Investitionshaushaltes nach wie vor als unabdingbar, so bedeutet die Erfüllung dieser Forderung keineswegs, daß damit ein reales Wachstum gewährleistet würde, das — gemessen an den der mittelfristigen Finanzplanung zugrundegelegten Wachstumszielen von real 4 vH — „befriedigend“ genannt werden könnte. Auch das zweite konjunkturpolitische Programm wird nicht ausreichen, um die Wirtschaft in absehbarer Zeit auf einen befriedigenden Wachstumspfad zu führen.

Bedauerlich ist daher, daß darauf verzichtet worden ist, den privaten Verbrauch durch Steuersenkungen anzuregen. Ohne diese Maßnahme, die auch vom DIW empfohlen wurde², ist weiterhin Skepsis gegenüber der zukünftigen Entwicklung geboten.

¹ 1954 = 100.

² Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 30/1966.

Günstige Entwicklung der Bautätigkeit in Berlin (West)

Neuer Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe

Aktuelle Anhaltspunkte für die Entwicklung der Bautätigkeit gibt die Produktionsleistung des Bauhauptgewerbes, die mit etwa 55 vH den größten Anteil des Westberliner Bauvolumens einnimmt.

Im Rahmen seiner regionalen Untersuchungen der Bautätigkeit hat das DIW den kalendermonatlichen Produktionsindex für das Westberliner Bauhauptgewerbe neu berechnet, um mit einer methodisch einheitlichen Darstellung die Voraussetzung für interregionale Vergleiche zu schaffen. Zugrunde gelegt wurden dabei die geleisteten Arbeitsstunden und eine jährlich lineare Effizienzentwicklung, abgeleitet aus den bezahlten Umsätzen nach den „durchlaufenden Reihen“ des Statistischen Bundesamtes¹ und Berliner Bauleistungspreisen für Rohbauten im Hoch- und Tiefbau.

Die Neuberechnung hat zu folgenden Ergebnissen geführt: Die Entwicklung der Bautätigkeit im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau schwächte sich im Jahre 1966 stark ab. Die Jahreswachstumsrate der Produktion sank im gewerblichen Bau von + 24 vH 1965 auf + 16 vH im Jahre 1966 — hielt sich damit aber immer noch auf sehr hohem Niveau; im Wohnungsbau hingegen ergab sich ein Produktionsrückgang von + 7 vH auf — 1 vH. Dennoch blieb die Wachstumsrate der gesamten Produktionsleistung des Bauhauptgewerbes fast so groß wie im Vorjahr: sie betrug 1965 9 vH und 1966 8 vH. Ausschlaggebend für dieses günstige Ergebnis war die beträchtliche Expansion des öffentlichen Bausektors, insbesondere des Straßenbaus, dessen Produktionsergebnis 1966 um fast ein Drittel (31 vH) über dem Vorjahreswert lag.

Während der kalendermonatliche Produktionsindex des Bauhauptgewerbes in Westdeutschland im vierten Quartal 1966 weiter rückläufig blieb, expandierte die Berliner Bauproduktion in diesem Quartal am stärksten. Aufgrund der zum Jahresende guten Kapazitätsausnutzung erreichte die Berliner Bauproduktion eine Steigerungsrate von + 16 vH. Die rückläufige Tendenz im Wohnungsbau wurde unterbrochen (+ 9 vH), wobei neben Witterungseinflüssen auch kreditpolitische Erleichterungen eine Rolle spielten.

Der anhaltend günstige Witterungsverlauf in der Wintersaison 1966/67 hat auch im ersten Vierteljahr 1967 die Voraussetzung für einen — in diesem Umfang nicht voraussehbaren — hohen Einsatz aller Produktionsfaktoren geboten. Der Index der Bauproduktion stieg nach vorläufigen Berechnungen auf 138 (1962 = 100) und lag damit um 30 vH über dem Vorjahrsstand (Bundesgebiet: — 10 vH). Neben dem Wohnungsbau (+ 31 vH) expandierten vor allem die stark witterungsabhängigen Bereiche des Straßenbaus (+ 87 vH) und des sonstigen Tiefbaus (+ 26 vH).

Sowohl aus konjunkturellen Gründen als auch wegen des sehr günstigen Ergebnisses im Ver-

gleichs Quartal des Vorjahres konnte nicht angenommen werden, daß sich der — auf exogene Einflüsse zurückzuführende — Anstieg der Bauproduktion des ersten Quartals auch im weiteren Verlauf des Jahres fortsetzen würde. Um so bemerkenswerter ist es, daß die Auftriebskräfte im Wohnungsbau (+ 8 vH) und im Straßenbau (+ 40 vH) im zweiten Quartal immer noch einen Anstieg der Gesamtproduktion um 6 vH bewirkt haben (Bundesrepublik: — 17 vH) — dies, obwohl der gewerbliche Bau nach einer längeren Expansionsperiode erstmals einen Produktionsrückgang von 6 vH aufwies und auch im öffentlichen Hochbau (— 3 vH) und im sonstigen Tiefbau (— 4 vH) negative Wachstumsraten zu verzeichnen waren.

Einige Hinweise auf die weitere Beschäftigungslage gibt die Entwicklung der Genehmigungen im Hochbau und der Auftragsvergaben im Tiefbau. Im ersten Vierteljahr nahmen die Genehmigungen — gemessen an den veranschlagten reinen Baukosten — einschließlich der erfaßten Auftragsvergaben noch um 34 vH gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zu. Im zweiten Vierteljahr wurde jedoch der Stand des Vorjahres um 20 vH unterschritten. Im ersten Halbjahr erhöhten sich die Baugenehmigungen mithin nur um 5 vH (erstes Halbjahr 1966: 24 vH). Nachhaltige Impulse gehen gegenwärtig noch vom Wohnungs- und Tiefbau aus, die auf die Aktivierung der Wohnungsbaupolitik im Hinblick auf die Mietenfreigabe, auf höhere Ansätze des Tiefbauetats und auf zusätzliche zweckgebundene öffentliche Mittel (Mineralölsteuer, erster Investitions Haushalt) zurückzuführen sind. Sie neutralisieren die negativen Einflüsse in den übrigen Baubereichen.

Der Rückgang der Baugenehmigungen dürfte sich im zweiten Halbjahr nicht fortsetzen — zumindest nicht im öffentlichen Bereich. Beleben wird sich die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand im Rahmen des Konjunkturförderungsprogramms; und es ist zu hoffen, daß auch der gewerbliche Bau indirekte Impulse erhält. Wichtig ist, daß für die bereitstehenden öffentlichen Mittel baureife Objekte in genügendem Umfang zur Verfügung stehen. Sehr bedauerlich — und für das Wirtschaftswachstum Berlins hinderlich — wäre es, wenn aus solchen Gründen die verfügbaren Mittel nicht in vollem Umfange genutzt werden könnten.

Stellt man alle bislang vorliegenden Informationen in Rechnung und wägt positive wie negative Komponenten gegeneinander ab, so muß die bereits im Frühjahr dieses Jahres prognostizierte Wachstumsrate des realen Bauvolumens für 1967 von 5 vH² als Untergrenze gelten — selbst wenn ein früher Wintereinbruch erfolgen sollte.

¹ Die monatliche Bauberichterstattung des Bauhauptgewerbes basiert auf Befragungen eines jährlich sich ändernden Firmenkreises. Durch die Berechnung der „durchlaufenden Reihen“ werden die Ergebnisse der Monatsberichterstattung über längere Zeitabschnitte vergleichbar.

² Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 7/1967

**Produktionsvolumen¹⁾ des Bauhauptgewerbes
in Berlin (West) seit 1962**

**Erhöhte Fluktuation der Arbeitskräfte im
Bauhauptgewerbe**

	Wohnungs- bau	Gewerb- licher Bau	Öffentlicher und Verkehrsbau				Insgesamt
			Insgesamt	Hoch- bau	Straßen- bau	Sonst. Tiefbau	
Produktionswerte in Mill. DM zu Preisen von 1962							
1962 . . .	354,4	152,7	289,9	84,7	70,3	134,9	797,0
1963 . . .	368,5	154,9	341,5	102,2	80,5	158,8	864,9
1964 . . .	406,3	198,2	410,7	133,3	104,4	173,0	1015,2
1965 . . .	433,5	246,6	429,8	125,3	128,0	176,5	1109,9
1966 . . .	430,6	285,3	482,2	128,7	168,0	185,5	1198,1
1962 I . .	66,8	33,5	53,6	15,8	11,0	26,8	153,9
II . . .	92,2	39,3	76,9	21,7	19,4	35,8	208,4
III . . .	98,2	40,6	81,6	23,5	19,6	38,5	220,4
IV . . .	97,2	39,3	77,8	23,7	20,3	33,8	214,3
1963 I . .	51,2	24,4	47,4	14,6	8,8	24,0	123,0
II . . .	108,4	41,4	90,1	26,4	22,6	41,1	239,9
III . . .	109,7	43,3	99,2	30,1	23,8	45,3	252,2
IV . . .	99,2	45,8	104,8	31,1	25,3	48,4	249,8
1964 I . .	71,4	38,6	69,8	24,8	12,9	32,1	179,8
II . . .	102,1	48,1	108,9	35,9	28,4	44,6	259,1
III . . .	111,0	51,5	115,6	36,4	30,9	48,3	278,1
IV . . .	121,8	60,0	116,4	36,2	32,2	48,0	298,2
1965 I . .	91,0	48,7	81,6	27,6	17,4	36,6	221,3
II . . .	112,3	61,4	116,2	32,0	35,8	48,4	289,9
III . . .	118,8	68,5	120,3	32,2	40,6	47,5	307,6
IV . . .	111,4	68,0	111,7	33,5	34,2	44,0	291,1
1966 I . .	78,3	53,1	79,3	26,1	20,7	32,5	210,7
II . . .	115,2	73,2	129,7	34,2	44,8	50,7	318,1
III . . .	115,5	79,5	137,1	33,7	50,8	52,6	332,1
IV . . .	121,6	79,5	136,1	34,7	51,7	49,7	337,2
1967 I ²⁾ .	102,2	64,6	107,7	27,9	38,7	41,1	274,5
II ²⁾ . .	123,9	68,9	144,2	33,1	62,5	48,6	337,0
1962 = 100							
1963 . . .	104	101	118	121	115	118	109
1964 . . .	115	130	142	157	149	128	127
1965 . . .	122	161	148	148	182	131	139
1966 . . .	121	187	166	152	239	138	150
1963 I . .	58	64	65	69	50	71	62
II . . .	122	108	124	125	129	122	120
III . . .	124	113	137	142	135	134	127
IV . . .	112	120	145	147	144	144	125
1964 I . .	81	101	96	117	73	95	90
II . . .	115	126	150	170	162	132	130
III . . .	125	135	160	172	176	143	140
IV . . .	137	157	161	171	183	142	150
1965 I . .	103	128	113	130	99	109	111
II . . .	127	161	160	151	204	144	145
III . . .	134	179	166	152	231	141	154
IV . . .	126	173	154	158	195	130	146
1966 I . .	88	139	109	123	118	96	106
I . . .	130	192	179	162	255	150	160
II . . .	130	208	189	159	289	156	167
V . . .	137	208	188	164	294	147	169
1967 I ²⁾ .	115	169	149	132	220	122	138
II ²⁾ . .	140	180	199	156	356	144	169
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr							
1963 . . .	+ 4	+ 1	+18	+21	+15	+18	+ 9
1964 . . .	+10	+28	+20	+30	+30	+ 9	+17
1965 . . .	+ 7	+24	+ 5	- 6	+23	+ 2	+ 9
1966 . . .	- 1	+16	+12	+ 3	+31	+ 5	+ 8
1965 I . .	+27	+28	+17	+11	+35	+14	+23
II . . .	+10	+28	+ 7	-11	+26	+ 9	+12
III . . .	+ 7	+33	+ 4	-12	+31	- 2	+11
IV . . .	- 9	+13	- 4	- 8	+ 6	- 8	- 2
1966 I . .	-14	+ 9	- 3	- 6	+19	-11	- 5
II . . .	+ 3	+19	+12	+ 7	+25	+ 5	+10
III . . .	- 3	+16	+14	+ 5	+25	+11	+ 8
IV . . .	+ 9	+17	+22	+ 4	+51	+13	+16
1967 I ²⁾ .	+31	+22	+36	+ 7	+87	+26	+30
II ²⁾ . .	+ 8	- 6	+11	- 3	+40	- 4	+ 6

¹⁾ Kalendermonatlich. — ²⁾ Vorläufig.

Quelle: Berechnungen des DIW aufgrund von Angaben des Statistischen Bundesamts, Wiesbaden, und des Statistischen Landesamts, Berlin (West).

Obwohl die Bautätigkeit im ersten Halbjahr insgesamt rege war, darf die von Bereich zu Bereich unterschiedliche Entwicklung im zweiten Quartal nicht übersehen werden. Das erste Quartal gestattete eine saisonbedingte Steigerung des Arbeitsvolumens um 19 vH; dennoch war die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter — wenn auch auf niedrigem Niveau — fast doppelt so hoch wie im vergangenen Jahr. Die höhere Arbeitslosenzahl ist teils aus der skeptischen Haltung der Unternehmer zu erklären, die bei den allgemeinen wirtschaftlichen Orientierungsdaten (schneller Abbau der Auftragsbestände, annähernd stationärer Bauetat) keinen Anlaß sahen, ihr Arbeitskräftereservoir zügig zu erweitern. Teils beruht sie auf einer starken Fluktuation der gewerblichen Arbeitskräfte im Bauhauptgewerbe, was wiederum auf einen sparsameren Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit und eine recht unterschiedliche Kapazitätsausnutzung der einzelnen Baufirmen schließen läßt.

Besonders ausgeprägt war in diesem Frühjahr die Fluktuation der gewerblichen Beschäftigten zwischen den fünf Baubereichen. Eliminiert man die Arbeitskräfte, die das Bauhauptgewerbe insgesamt aufnimmt oder abgibt, so ist eine starke Zunahme der intersektoralen Fluktuation festzustellen. Sie stieg — bezogen auf die gewerblich beschäftigten Arbeitskräfte insgesamt — von 3,4 vH im ersten Quartal auf 4,9 vH im zweiten Quartal (1966: 2,4 bzw. 1,5 vH). Daß mit dieser Fluktuation, die Aufschluß über den objektgebundenen Einsatz der Arbeitskräfte gibt, auch ein recht lebhafter Arbeitsplatzwechsel verbunden war, zeigen die arbeitsamtlichen Vermittlungen der Bauarbeiter, die gegenüber dem Vorjahr um ein Drittel zunahm. Bei dieser Entwicklung bedenklich stimmen die rapiden Arbeitskräfteverluste im konjunkturreagiblen gewerblichen Bau; im ersten Quartal wurden hier etwa 1000 Beschäftigte weniger eingesetzt als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im zweiten Quartal waren es fast 2400 — eine Verminderung um 22 vH gegenüber dem zweiten Quartal 1966. Obwohl die Austauschbarkeit von Arbeitskräften innerhalb des Baugewerbes größer ist als in anderen Gewerbezweigen, ergeben sich lediglich vom Wohnungsbau und vom Straßenbau her kompensatorische Effekte, die aber im Durchschnitt des zweiten Quartals den Rückgang der Gesamtbeschäftigung gegenüber dem Vorjahr um 2 vH nicht verhindern konnten.

Einseitige Struktur der gewerblichen Bautätigkeit

Über den konjunkturellen Aspekt einer in jüngster Zeit zunehmenden Verlagerung von Bautätigkeit und Arbeitskräftepotential vom gewerblichen Bau zu anderen — weniger konjunkturreagiblen — Bereichen hinaus stellt sich die Frage, ob die Ausweitung der gewerblichen Bauten in West-Berlin mit der Entwicklung in Westdeutschland Schritt gehalten hat. Ein Vergleich der jeweils fertigen

gestellten gewerblichen Bauvorhaben je Erwerbstätigen für den Zeitraum 1961 bis 1966 zeigt, daß West-Berlin im Jahre 1961 60 vH des westdeutschen Standes zu verzeichnen hatte. Die Geschehnisse vom 13. August jenes Jahres ließen die Quote in der Folgezeit auf 40 vH des westdeutschen Standes sinken; diese Relation konnte aber — weitgehend ein Erfolg der Berlin-Präferenzen — in den beiden letzten Jahren der Betrachtungsperiode einen Wert von knapp drei Vierteln des westdeutschen Standes erreichen. Im Durchschnitt der Jahre 1961 bis 1966 lag die Quote bei 56 vH.

Gliedert man bei diesem Vergleich in Bürogebäude und gewerbliche Betriebsgebäude, so fällt auf, daß die Errichtung von Bürogebäuden bei weitem elastischer auf die Präferenzen reagierte als andere Bauvorhaben. Die Westberliner Investitionen je Erwerbstätigen überschreiten bei dieser Gebäudeart seit dem Jahre 1965 das Niveau in der Bundesrepublik erheblich. In diesem Sektor dürfte in vielen Fällen relativ sorglos gebaut worden sein. Verhandlungen mit potentiellen Mietern — die Bauherren sind vielfach nicht mit den Benutzern der Bürogebäude identisch — finden oft erst statt, wenn das Gebäude fertiggestellt ist. Dabei hat sich gezeigt, daß ein großer Teil des Büroraumes unvermietbar ist. So haben diese Bauinvestitionen zwar die gewünschten Einkommenseffekte gehabt, die geschaffenen Kapazitäten konnten indes nicht ausgelastet werden. Bei gewerblichen Betriebsgebäuden dagegen vermochten die Präferenzen die Investitionen je Erwerbstätigen gegenüber dem Stand von 1961 nur schwach zu verbessern. Allerdings haben sie dazu beigetragen, den unmittelbar nach 1961 einsetzenden Rückgang der

Quote, insbesondere in den letzten Jahren, wieder aufzufangen.

Bezogen auf den umbauten Raum³ stieg 1966 die Meßziffer für neu- oder umgebaute Bürogebäude auf 176. Für gewerbliche Betriebsgebäude lag sie mit 64 vH weit unter dem Niveau des Bundesgebietes, obwohl gerade in den letzten Jahren die Hotelinvestitionen sehr stark expandiert haben.

Fertiggestellte Büro- und gewerbliche Betriebsgebäude¹⁾
der Wirtschaft je Erwerbstätigen im Vergleich zum Bundesgebiet
Bundesgebiet = 100

	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Bürogebäude	93	68	60	70	168	176
Gewerbl. Betriebsgebäude ²⁾	57	43	38	44	62	64
Insgesamt	60	45	40	45	69	73

¹⁾ Umbauter Raum der neu- und wiederaufgebauten Gebäude. — ²⁾ Einschließlich Anstaltsgebäude.

Quelle: Berechnungen des DIW aufgrund der Bautätigkeitsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

Eine aktive Leistungsbilanz bei gleichzeitiger Eindämmung öffentlicher Hilfeleistungen und eine Verbesserung der Altersstruktur der Bevölkerung sind jedoch nur zu erreichen, wenn Arbeitsplätze in genügender Anzahl vorhanden sind, nachhaltige Impulse also auch auf die Investitionen in gewerbliche Betriebsgebäude ausgehen. Unter Berücksichtigung der Standortnachteile der Stadt spielt dabei neben den Einkommensvorteilen auch die Attraktivität des individuellen Arbeitsplatzes ebenso eine Rolle wie die Förderung neuer Industriezweige.

³ Der Vergleich anhand der veranschlagten reinen Baukosten fällt für Berlin günstiger aus, wobei jedoch unterschiedliche Preisentwicklungen und spezifische Baukonstruktionen mit einem höheren Kostenaufwand zu berücksichtigen sind.

Gegenstand	Einheit †)	1965	1966							1967						
			Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Anzahl der Werktage		26	25	24	27	24	24	24	25	26	26	24	25	25	24	25
Industrie¹⁾																
Auftragseingang, kalendermon. dav. Produktionsmittelindustrie	1958 = 100	S	169	154	155	191	169	159	153	159	150	138	157	158	145	153
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	169	147	153	170	139	146	150	160	145	123	137	132	132	143
Umsatz. dav. Produktionsmittelindustrie	Mill. DM	"	1229,7	1036,9	1063,7	1255,8	1123,4	1099,5	1098,5	1216,4	1066,0	1070,0	1185,6	1109,1	1077,2	1108,1
Verbrauchsgüterindustrie.	"	"	601,8	481,2	484,3	559,4	529,1	527,9	555,0	625,6	477,0	460,0	515,0	484,3	478,7	494,1
Beschäftigung.	1000	"	627,9	555,7	579,4	696,4	594,3	571,6	543,5	590,8	589,0	610,5	670,6	624,8	598,5	614,0
Lohn je Arbeiterstunde	DM	"	285,6	283,2	283,8	284,1	284,8	283,9	283,0	267,4	263,1	261,4	259,3	257,7	256,1	255,1
Produktion ²⁾	1958 = 100	"	4,71	4,13	4,11	4,35	4,65	4,89	5,07	5,36	4,42	4,46	4,75	4,74	5,21	5,23
dar. Energie	"	"	173	149	159	160	182	170	161	175	149	158
Verarbeitende Industrie ³⁾	"	"	183	192	184	174	153	138	131	194	197	187
dav. Produktionsmittelind.	"	"	177	152	164	164	187	173	163	177	150	159	167	166	164	149
dar. Steine und Erden	"	"	175	138	153	149	176	165	156	177	138	144	150	149	145	138
Eisen, Stahl, Gießereien	"	"	160	106	111	164	213	195	202	157	98	130	155	168	180	176
NE-Metalle	"	"	125	125	118	120	129	111	110	88	90	95	87	107	109	109
Stahl- und Eisenbau	"	"	148	131	139	143	146	137	128	109	156	190	164	177	149	136
Maschinenbau	"	"	169	96	92	88	122	120	97	202	101	77	90	95	128	85
Fahrzeugbau	"	"	215	148	160	152	187	169	172	228	134	157	178	158	141	138
Elektrotechnik	"	"	211	182	202	204	201	187	173	172	163	171	168	181	159	161
Feinmechanik u. Optik	"	"	173	144	162	158	185	174	162	170	147	152	154	157	149	147
Eisen-, Blech-, Metallw.	"	"	119	111	116	113	124	111	119	125	142	139	139	125	139	135
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	119	123	172	141	167	153	151	127	123	119	117	119	121	104
dar. Chemie	"	"	180	175	183	187	203	186	174	177	171	183	187	193	193	167
Holzverarbeitung	"	"	212	192	213	197	257	244	236	253	247	240	246	282	321	243
Papier	"	"	184	96	119	119	138	149	138	122	58	76	86	81	80	70
Druck	"	"	129	138	144	135	137	132	121	118	112	119	121	127	122	107
Textil	"	"	166	117	126	133	155	147	134	171	117	126	129	139	152	128
Bekleidung	"	"	187	186	196	199	222	226	226	203	201	188	181	191	180	181
Nahrungs- u. Genussm.	"	"	57	128	137	146	142	97	59	46	110	123	119	103	65	44
Tabak	"	"	193	141	141	147	158	152	147	166	138	141	155	163	172	145
	"	"	563	588	593	614	648	614	623	592	520	627	623	668	655	655
Baugewerbe⁴⁾																
Beschäftigte	Anzahl	E	44943	43626	43318	44939	46419	47033	47305	46022	44424	44068	44163	45054	46092	46526
Tagewerke, insgesamt	1000	S	709	510	497	685	789	836	849	763	671	623	724	771	810	821
dar. Wohnungsbau	"	"	284	210	199	269	314	339	343	314	285	258	306	327	347	352
Index der Bauproduktion ⁵⁾	1936 = 100	"	65	41	42	55	82	90	94	82	55	57	68	86	95	90
Umsatz	1000 DM	"	150824	96953	77789	82693	92701	111118	127767	168163	111086	98508	95744	107952	116030	128127
Warenverkehr																
Bezüge aus Westdeutschland ⁶⁾	Mill. DM	S	966,1	832,1	842,1	1011,7	888,6	908,4	883,3	913,4	876,0	822,9	934,8	923,8	863,7	902,7
Lieferungen nach	"	"	911,4	823,1	850,6	997,3	819,2	858,9	826,5	933,9	867,6	869,0	918,4	909,1	848,3	918,8
Wert der Ursprungsbescheinig. ⁷⁾	"	"	946,8	808,6	803,1	930,5	863,6	835,6	816,1	944,0	834,8	771,4	867,1	848,0	846,2	831,0
Export	"	"	156,2	150,3	138,1	159,1	153,3	162,2	154,1	181,5	176,8	176,0	179,6	172,9	157,8	158,3
Gütereingang, insgesamt	1000 t	"	913,4	646,6	757,5	1035,6	927,4	895,6	862,2	902,4	867,6	806,1	925,3	879,0	862,3	.
Eisenbahn	"	"	243,5	209,6	218,7	252,0	235,3	198,2	184,9	220,9	218,6	188,7	193,9	170,9	155,3	.
Straßen	"	"	306,6	274,4	256,3	302,6	262,6	285,8	288,7	286,2	292,9	263,2	290,4	299,0	294,4	.
Binnenschifffahrt	"	"	362,0	161,5	281,3	479,7	428,0	410,3	387,2	394,1	354,9	352,7	439,5	407,2	411,2	.
Güterausgang, insgesamt	"	"	180,9	145,6	158,6	197,8	170,2	179,0	170,5	170,0	163,3	160,1	179,0	187,4	170,2	.
Eisenbahn	"	"	23,8	17,7	19,1	21,1	17,1	19,7	17,2	21,2	18,5	14,1	15,9	18,0	14,5	.
Straße	"	"	127,4	111,9	108,9	134,9	114,1	124,3	121,0	116,3	112,8	111,5	123,2	123,8	111,9	.
Binnenschifffahrt	"	"	28,8	15,4	29,9	41,0	38,3	34,2	31,4	31,6	31,2	33,9	39,1	44,7	35,1	.
Luftfracht	"	"	0,9	0,7	0,7	0,9	0,8	0,8	0,9	0,9	0,7	0,7	0,9	1,0	0,8	.
Arbeitsmarkt																
Erwerbstätige, insgesamt ⁸⁾	1000	E	1000	996	997	999	1001	1001	1000	979	971	968	965	963	962	963
Selbst- u. mithelf. Fam.-Angeh.	"	"	116	116	116	116	116	116	116	116	115	115	115	115	115	115
Arbeitnehmer ⁹⁾	"	"	884	880	881	883	885	885	884	863	856	853	850	848	847	848
Arbeitslose, insgesamt ¹⁰⁾	"	"	7	9	9	6	6	6	5	12	18	19	18	17	14	14
in vH d. Arbeitnehmer	vH	"	0,8	1,0	1,0	0,7	0,7	0,7	0,9	1,4	2,1	2,2	2,1	2,0	2,0	1,7
Sozialeinkommen																
dar. Renten ¹⁰⁾	Mill. DM	S	158,7	153,2	155,1	179,1	170,5	170,4	171,2	175,4	173,2	174,0
Alu und Alhi	"	"	1,8	1,7	1,9	2,0	1,6	1,5	1,3	2,6	3,2	4,2
Lebenshaltungskosten																
dar. Ernährung	1962 = 100	D	111,5	113,9	114,0	114,1	114,7	115,2	115,0	115,0	115,1	114,9	114,9	115,1	115,2	115,4
Hausrat	"	"	114,4	114,6	114,7	114,4	115,2	116,4	116,0	114,9	114,6	114,1	114,2	114,8	115,1	115,5
Bekleidung	"	"	108,0	107,4	107,6	107,6	107,6	107,5	108,2	108,2	108,6	108,5	108,6	108,3	108,3	108,4
	"	"	111,5	117,5	117,5	118,8	119,0	118,4	118,3	120,0	120,5	120,3	120,3	119,8	119,8	119,9
Finanzen																
Einnahmen aus Steuern ¹¹⁾	Mill. DM	S	473,2	347,0	330,9	459,6	352,3	335,5	495,1	504,7	375,7	391,6	428,5	345,7	476,8	435,6
dar. Umsatzsteuer	"	"	70,7	87,6	52,2	51,9	62,8	57,8	63,2	67,5	92,4	56,2	49,4	63,7	62,6	61,7
Lohnsteuer	"	"	33,9	32,5	17,5	7,9	15,9	15,0	15,8	41,2	40,9	28,1	11,8	16,8	14,6	20,2
Einkommensteuer	"	"	86,9	9,3	7,4	81,6	9,2	7,1	83,3	91,2	6,4	6,7	82,3	7,0	11,1	85,8
Körperschaftsteuer	"	"	50,8	3,2	13,3	37,0	-10,9	1,8	38,9	35,2	0,5	1,0	33,1	-1,7	-2,1	19,1
Handelsumsätze																
Großhandel, insgesamt	1962 = 100	D	141	108	114	139	121	125	128	133	108	107	122	118	117	120
Einzelhandel, insgesamt	"	"	181	109	111	135	136	137	121	180	117	113	136	132	135	